Mediendienst

Stuttgart, 16. Juli 2015

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Kern: Grün-rotes Zwangsumwandlungsgesetz schränkt pädagogische Freiheit der Realschulen ein

In der heutigen Landtagsdebatte über den Gesetzentwurf zur so genannten Weiterentwicklung der Realschulen betonte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**, die hervorragenden Qualitäten der Realschulen und kritisierte die Planungen der Landesregierung als Zwangsumwandlungsgesetz für die erfolgreiche Schulart.

Kern wörtlich: „Die Realschule hat gerade aufgrund ihrer pragmatischen und leistungsorientierten Pädagogik zahlreichen jungen Menschen echte Lebenschancen eröffnet. Auch die Betriebe schätzen die Realschüler und den Realschulabschluss außerordentlich."

Die meisten Realschulen würden aber das grün-rote Prestigeprojekt ‚Gemeinschaftsschule' ablehnen, so Kern. „Unter den 271 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2015/16 finden sich nur 25 ehemalige Realschulen. Das heißt, 409 staatliche Realschulen in Baden-Württemberg sind nicht auf den Gemeinschaftsschul-Zug aufgesprungen. Aus der Sicht von Grün-Rot haben sich die Realschulen in Baden-Württemberg bockig gezeigt. Deswegen hat die Landesregierung mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf nun ein Zwangsumwandlungsgesetz für die Realschulen vorgelegt. Die Realschulen sollen zukünftig neben dem Realschulabschluss auch den Hauptschulabschluss anbieten. In dieser Situation wäre es an der Realschule vernünftig und auch naheliegend, Kurse auf verschiedenen Leistungsniveaus zu bilden. Gerade das aber will der Gesetzentwurf unterbinden. In § 7 des neuen Schulgesetz soll es heißen: ‚Der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit entspricht sie vor allem durch individuelle Förderung in binnendifferenzierender Form.' Auch soll die Möglichkeit der Nichtversetzung in Klasse 6 abgeschafft werden. Dieser Gesetzentwurf macht mehr als deutlich, dass die Landesregierung die Gemeinschaftsschule nun auch an den Realschulen durch die Hintertür einführen will."

„Die Realschulen brauchen nach Einschätzung der FDP-Fraktion eher mehr als weniger Gestaltungsspielräume. Wir fordern, dass den Realschulen erlaubt werden müsste, nach Leistung differenzierte Kurse zu bilden, wenn sie dies für zweckmäßig erachten. Ebenso sollte auch die Entscheidung über eine mögliche Nichtversetzung weiterhin in der Verantwortung der Schule liegen. Die Zwangs-Umwandlung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen halten wir für hoch riskant und unverantwortlich. Eine Einschränkung der pädagogischen Freiheit der Realschule lehnen wir entschieden ab."

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de